



Fünfte Sitzung des Landes-Teilhabebeirats am 17. Februar 2016

Dauer: 15:00 - 18:15 Uhr
Ort: Schwachhauser Heerstraße 266, Bremen

TOP 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen beschlossen.

TOP 2: Kurzvorstellung des Landesverbands der Gehörlosen sowie des Blinden- und Sehbehindertenvereins

Da die Sitzung in der Schwachhauser Heerstraße 266 stattfindet, stellt Herr George die Tätigkeitsfelder des Landesverbands der Gehörlosen (www.lvg-bremen.de) und Frau Rühmann die Beratungs- und Betreuungsangebote des Blinden- und Sehbehindertenvereins (<http://www.bsvb.org/>) vor.

TOP 3: Genehmigung des Protokolls der vierten Sitzung des Landesteilhabebeirats

Frau Laubstein bittet darum, auf Seite drei des Protokolls zur vierten Sitzung folgenden Abschnitt aufzunehmen:

Anschließend gab Frau Laubstein bekannt, dass bereits ab sofort Flüchtlinge und Asylsuchende mit Beeinträchtigungen, die Bewohner/innen in den Übergangwohnheimen (Erstunterkünften) und Notunterkünften sind, zu Gesprächen bei Behinderten-Beratungsstellen durch die sogenannten „Sprinter/innen“ begleitet werden können. Es handelt sich nur um die Begleitung zu den Beratungsstellen und die Übersetzung beim Gespräch. Andere Unterstützung ist hier nicht umfasst.

Das Protokoll der vierten Sitzung vom 14. Dezember 2015 wird mit dem Änderungsvorschlag genehmigt. Es ist auf der Internetseite www.lbb.bremen.de (Themen - UN-Behindertenrechtskonvention - Der Landesteilhabebeirat) abrufbar.

TOP 4: Beschluss des Landesteilhabebeirats vom 14. Dezember 2015

„Finanzierung von Dolmetscherkosten“ - Rückmeldung durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Der Beschluss des Landesteilhabebeirates bezieht sich auf den Zugang zu den unabhängigen, niedrigschwelligen Beratungsstellen im Bereich der Behindertenhilfe, die über Zuwendungen finanziert werden.

Dies sind:

- die Beratungsstelle des Blinden- und Sehbehindertenvereins Bremen e.V.,

- der Landesverband der Gehörlosen Bremen e.V.,
- SelbstBestimmt Leben e.V. Bremen sowie
- die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen e.V.

Frau Laubstein teilt dazu mit:

Für die Personengruppe der behinderten Flüchtlinge, die Bewohner/innen in den Übergangswohnheimen (Erstunterkünften) und Notunterkünften sind, werden die Sprachmittler des Förderwerk Bremen GmbH die Begleitung zu den unabhängigen Behinderten-Beratungsstellen und die dortige Übersetzung übernehmen. Es handelt sich nur um die Begleitung zu den Beratungsstellen und die Übersetzung beim Gespräch. Andere Unterstützung ist hier nicht umfasst.

Für die Personengruppe der übrigen Migrant/innen mit Behinderung oder behinderten Angehörigen, die in Bremen leben, können die Sprachmittler des Pools bei Performa Nord eingesetzt werden. Dies ist durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport beauftragt. Die Beratungsstellen fordern die Sprachmittler bei Bedarf an. Das Verfahren zur Umsetzung ist zwischen Performa Nord, der Sozialbehörde und den Beratungsstellen geregelt.

Herr Steinbrück dankt Frau Laubstein für die getane Arbeit. Er bittet abschließend darum, das Verfahren den aufgeführten Beratungsstellen noch einmal ausführlich zu erläutern. Frau Laubstein sagt dies zu.

Herr Arfmann erkundigt sich, ob eine Ausweitung auch auf das Beratungsangebot im Bereich der seelischen Gesundheit vorgesehen ist. Hierzu wird dargelegt, dass nicht die Sozialsenatorin sondern die Senatorin für Gesundheit zuständig ist. Herr Steinbrück teilt mit, dass er sich als Vorsitzender an die senatorische Dienststelle wenden wird.

TOP 5: Psychiatrie im Land Bremen - wo stehen wir, wie geht es weiter?

Notwendige Schritte/ Maßnahmen aus Sicht des Landesverbands der Psychiatrieerfahrenen

Herr Arfmann vom Landesverband der Psychiatrieerfahrenen schildert seine eigenen Erfahrungen mit dem psychiatrischen Hilfesystem. Er berichtet von Fremdbestimmung und reiner Medikamentenbehandlung. Aus seiner Sicht resultiert aus dem jetzigen System eine Schattengesellschaft, die mit Ausgrenzung und in schlimmsten Fall darüber hinaus mit Rufmord zu kämpfen hat. Deutlich stellt Arfmann anhand seines eigenen Beispiels die Abhängigkeit an psychiatrischen Gutachten dar, um an der gegenwertigen Situation etwas zu ändern.

Mit Blick auf die Abteilung für Psychiatrie und Psychotherapie am Klinikum Bremen-Ost fordert Arfmann für den Landesverband der Psychiatrieerfahrenen, dass vor allem die Anamnese in Zukunft in den Mittelpunkt rückt - erst die Probleme erkennen und dann behandeln. Im Hinblick auf die Selbstbestimmung müssen in Zukunft nach Ansicht von Arfmann die Patienten verstärkt beteiligt und einbezogen werden.

Notwendige Schritte/ Maßnahmen aus Sicht der DGSP Landesverband Bremen e.V.

Von Seiten der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. bezieht Herr Bechtolf Stellung. Er bedankt sich dafür, dass der Landesteilhabebeirat sich dem Thema annimmt. Für Bechtolf ist es in Zukunft wichtig, dass die Nutzerinnen und Nutzer sowie die Angehörigen an der Weiterentwicklung stärker beteiligt werden. Dies wurde aus seiner Sicht in der Vergangenheit stark vernachlässigt. Mit Blick auf die Weiterentwicklung in den Kliniken macht er deutlich, dass eine Spezialisierung des Angebots nicht zu Lasten der Regionalisierung von Angeboten erfolgen darf.

Zu § 64b SGB V erläutert Herr Bechtolf, dass das Ziel die Erprobung von Modellen zur Verbesserung der Patientenversorgung oder der sektorenübergreifenden Leistungserbringung einschließlich der komplexen psychiatrischen Behandlung im häuslichen Umfeld ist. In Bremerhaven war ein Modellvorhaben geplant. Mit Blick auf das Land Bremen berichtet Herr Steinbrück, dass aufgrund von Finanzierungsfragen - welche zwischen Krankenhaus und Kas-

sen nicht beseitigt werden konnten - eine Umsetzung in Bremerhaven derzeit mehr als fraglich ist. Er steht zu dem Thema mit dem Gesundheitsressort, Bürgermeister Bödeker sowie Herrn Papart aus Bremerhaven im Kontakt. Sofern eine Umsetzung in Bremerhaven nicht erfolgen wird, spricht sich Frau Kappert-Gonther für eine Umsetzung in Bremen-Nord aus.

Notwendige Schritte/ Maßnahmen aus Sicht von Herrn Prof. Dr. Kruckenberg

Aus Sicht von Herrn Kruckenberg befindet sich das psychiatrische System derzeit im Wandel. Der Bürgerschaftsbeschluss aus dem Jahr 2012 bildet seiner Meinung nach eine gute Grundlage, um die Psychiatrie im Land Bremen positiv weiterzuentwickeln. Aus seiner Sicht müssen Bürgerschaft und senatorische Dienststelle sich nun verstärkt für die Umsetzung des Beschlusses in den Kliniken einsetzen und diese aktiv einfordern. Abschließend plädiert auch Kruckenberg dafür, die Psychiatrie-Erfahrenen mehr in die Weiterentwicklung einzubeziehen und die Spezialisierung von Bremen-Ost kritisch zu begleiten. (Verweis auf die anliegende Präsentation)

Aktuelle Lage aus Sicht des zuständigen Ressorts

Die Grundlage für die Bremer Psychiatriereform bilden laut Herrn Schneider-Heyer der Landespsychiatrieplan (2010), der bereits erwähnte Bürgerschaftsbeschluss (2013) sowie der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK im Land Bremen (2014). Probleme sieht das Ressort derzeit bei der Umsetzung der Ambulantisierung im Klinikum Bremen-Ost (versus Spezialisierung). Bereitgestellte Gelder der Krankenkassen müssen laut Schneider-Heyer auch zweckentsprechend für die qualitative Umstrukturierung des Systems eingesetzt werden.

Ferner geht er auf die Begleitgruppe Psychiatriereform ein. Die Gruppe - in welcher unter anderem die Landesverbände der Psychiatrieerfahrenen und der Angehörigen vertreten sind - soll die Weiterentwicklung koordinieren sowie die Umsetzung von konkreten Maßnahmen vortreiben. Die Begleitgruppe setzt sich sektorenübergreifend zusammen.

Mit Blick auf das angestrebte Modellvorhaben in Bremerhaven nach § 64b SGB V kündigt Schneider-Heyer an, dass die Ergebnisse zum Vorhaben im April vorgestellt werden. Der Expa-Vorsitzende Robra-Marburg spricht die Reduzierung des Angebots des Krisendienstes an. Hierzu erläutert Herr Schneider-Heyer, dass die Reduzierung nur zwei Jahre andauern soll. In der Zwischenzeit sollen Konzepte für regionale Krisendienste gemeinsam mit Angehörigen und Betroffenen sowie den Leistungserbringern in den Regionen erarbeitet werden.

Behandlung eines Beschlussvorschlags zur Weiterentwicklung der Psychiatrie

Im Vorfeld zur Sitzung wurde durch die Geschäftsstelle des Landesteilhabebeirats ein erster Vorschlag versendet. Es werden eine Reihe an Änderungsempfehlungen unter anderem von Herrn Prof. Dr. Kruckenberg, Frau Dietzmann und Frau Bürow vorgetragen. Die stimmberechtigten Mitglieder bitten um Einarbeitung der Empfehlungen. Im Nachgang soll im Umlaufverfahren über den neuen Beschlussvorschlag abgestimmt werden.

(Anm.: Der anliegende Beschluss wurde ohne Gegenstimmen von den stimmberechtigten Mitgliedern des Landesteilhabebeirats angenommen. Die Versendung erfolgte ab dem 3. März durch die Geschäftsstelle des Beirats an folgenden Verteiler:

- Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
- Oberbürgermeister Melf Grantz
- Bürgermeister Paul Bödeker
- Stadtrat Uwe Parpart
- Psychiatriereferent im Gesundheitsressort
- Gesundheits- und behindertenpolitische Sprecher der Bürgerschaftsfraktionen
- Gesundheits- und behindertenpolitische Sprecher der Stadtverordnetenversammlung
- Prof. Dr. Jens Reimer (Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie - Bremen Ost)
- Dr. Martin Bührig (Psychiatrisches Behandlungszentrum - Bremen Nord)
- Jutta Dervedde (Geschäftsführung Medizin - Gesundheit Nord)
- Thomas Kruse (Kaufm. Geschäftsführer des Klinikums Bremerhaven Reinkenheide)
- Prof. Dr. med. Tido Junghans (Geschäftsführer des Klinikums Reinkenheide))

TOP 6:

Evaluierung des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes

Vorstellung und Kommentierung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe des Landesteilhabebeirats zur Erarbeitung eines Vorschlags zur Änderung des BremBGG

Eingangs stellt Herr Frankenstein die Ergebnisse der Arbeitsgruppe anhand der anliegenden PowerPoint Präsentation vor. Laut Frankenstein hat man sich vor allem an die Evaluation des Bundes Behindertengleichstellungsgesetz sowie den bereits geänderten Landesgesetzen in Brandenburg sowie Sachsen-Anhalt orientiert.

Im Nachgang kommentiert Herr Frehe die vorliegende Version. Er spricht sich dafür aus, dass „Angemessene Vorkehrungen“ nicht nur den öffentlichen Sektor sondern auch die Privaten einbeziehen sollten. Dies ist aus seiner Sicht wichtig, da das Leben nicht nur in Behörden stattfindet. Damit „Angemessene Vorkehrungen“ entsprechend umgesetzt werden, plädiert Herr Frehe ferner dafür, die Möglichkeit von „Zielvereinbarungen“ in das BremBGG aufzunehmen. Der Abschluss entsprechender Vereinbarungen muss seiner Ansicht nach zwingend sein.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird vereinbart, dass die abschließende Erörterung in einer weiteren AG Sitzung stattfinden soll. Sobald ein fertiger Entwurf der AG vorliegt, soll dieser gemeinsam mit einem Beschluss im Umlaufverfahren zwischen den stimmberechtigten Mitgliedern abgestimmt werden. Anschließend erfolgt die Bekanntgabe an die weiteren Mitglieder des Landesteilhabebeirats sowie an das zuständige Ressort. Der Beirat spricht sich dafür aus, dass das Ressort im Beschluss aufgefordert wird, bis zum Ende des Jahres einen abgestimmten Beschluss zur Evaluierung dem Beirat vorzulegen.

TOP 7:

Verschiedenes

Herr Steinbrück wünscht sich eine stärkere Mitarbeit durch alle Mitglieder am Landesteilhabebeirat. Ihm ist klar, dass die Sitzungen sehr lang und anstrengend sind. Er bietet den ehrenamtlichen Mitgliedern daher an, gemeinsam mit Herrn Miles-Paul ein Konzept für eine Schulung zu entwickeln, in welcher es um die Stärkung der Mitarbeit gehen soll. Die Rückmeldung von Seiten des Beirats ist positiv. Herr Steinbrück wird in der kommenden Sitzung das weitere Vorgehen erläutern. Es sollen insgesamt vier Schulungstage stattfinden. Zwei im Jahr 2016 und zwei im Jahr 2017.

Der Vorsitzende berichtet von einem Entwurf zur Überarbeitung des Radio Bremen Gesetzes. Als Landesbehindertenbeauftragte wurde er anfangs nicht beteiligt. Dies hat er nun eingefordert und eine Beteiligung findet statt. Steinbrück möchte erreichen, dass im Rundfunkrat auch eine Vertreterin/ ein Vertreter für die Belange von behinderten Menschen eintritt. In der kommenden Sitzung soll das Thema erneut aufgerufen werden.

Nächste Sitzungen

- 01. Juni 2016, Kwadrat (Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, Bremen)
- 28. September 2016, Roland zu Bremen Oberschule (Flämische Straße 9, Bremen)
- 30. November 2016, t.i.m.e. Port II (Barkhausenstraße 2, Bremerhaven)